



Ev. Dekanat Hanau-Stadt · Rückertstr. 11 · 63452 Hanau

**Die Dekanin
des Kirchenkreises Hanau-Stadt**

Claudia Brinkmann-Weiß

Unser Zeichen: BW/g

Tel.: (0 61 81) 811-10

(0 61 81) 811-30

Fax: (0 61 81) 811-13

dekanat.hanau.stadt@ekkw.de

Hanau, 3.7.2007

Presseerklärung

Stellungnahme des Evangelischen Kirchenkreises Hanau-Stadt zum geplanten Ausbau des Kraftwerksstandortes Großkrotzenburg

Im September 2006 hat die Firma e.on Pläne vorgestellt, in Großkrotzenburg einen Kohlebunker und einen neuen Steinkohleblock 6 zu bauen. Dieser Block 6 soll die Blöcke 1-3 ersetzen, sieht aber zugleich eine Kapazitätssteigerung um 60 % vor. Nach dem Bekanntwerden der Dimensionierung der Anlage ist erhebliche Unruhe in der Bevölkerung entstanden.

Der Betreiber und Antragsteller e.on wird daher aufgefordert, nicht durch Baumaßnahmen Tatsachen zu schaffen. Die Auseinandersetzung über den Sinn und die Folgen der Maßnahmen muss zunächst auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Für das gesamte Projekt soll daher dem Wunsch der Anliegerkommunen gefolgt und ein Raumordnungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die alle direkten und indirekten Wirkungen einbezieht, durchgeführt werden.

Information und Einbeziehung der Bevölkerung

Seit Ende 2006 hat e.on in mehreren öffentlichen Veranstaltungen informiert.

Durch die Einrichtung eines Kraftwerksforums wurde der Kontakt zu den Städten und Gemeinden und vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen gesucht. Der Evangelische Kirchenkreis Hanau-Stadt begrüßt dies und die Möglichkeit der Teilnahme von Vertretern der Kirche im Forum. Der Kirchenkreis ist an konstruktiver Mitarbeit, auch mit dem Ziel des Erhaltes von Arbeitsplätzen am Standort Großkrotzenburg für die Energieversorgung, interessiert.

Kohlekraftwerksneubau im Kontext des Klimawandels

Der Klimawandel als Folge der erhöhten Freisetzung von Treibhausgasen hat bereits eingesetzt. Die Lebensgrundlagen und das Wohlergehen von Millionen Menschen, besonders in den Entwicklungsländern, sind extrem gefährdet. Der Klimawandel ist kein Schicksal; er ist Folge eines Mangels an Verantwortung.

Eine Energiepolitik, die dem Rechnung trägt, duldet keinen weiteren Aufschub. Die Industrieländer müssen ihre Emissionen um mindestens 30% bis 2020 und 80% bis 2050 (ge-

Rückertstraße 11
63452 Hanau
www.sprengel-hanau.de

genüber 1990) verringern. Diese Verpflichtung ist unerlässlich und entspricht dem Verursacherprinzip.

Die Stromerzeugung mit Steinkohle ist nach der Braunkohleverstromung die Stromproduktion mit dem zweithöchsten CO₂ - Ausstoß. Auf Grund der niedrigen Kohlepreise und der Tatsache, dass ein effektiver Emissionshandel politisch noch nicht durchgesetzt werden konnte, erscheint Steinkohle als betriebswirtschaftlich attraktiv. Neue Anlagen sind zudem effizienter und sauberer als alte.

Neben diesen Faktoren müssen jedoch auch die gesellschaftlichen Folgen, die so genannten externen Kosten und die Belastung der zukünftigen Generationen einbezogen werden. Unter diesen Aspekten erscheint die Errichtung eines Steinkohlekraftwerks, dessen Laufzeit bis über das Jahr 2050 reichen kann, als kontraproduktiv. Vielmehr sollte schon heute jede langfristige energiewirtschaftliche Planung in erster Linie an den genannten CO₂-Reduktionszielen ausgerichtet sein.

Kohlekraftwerksneubau in einer vorbelasteten Region

Durch die bestehenden Kraftwerksblöcke, die dichte Besiedelung, viele Industriebetriebe, Straßen- und Flugverkehr besteht in der Region Rhein-Main eine hohe Belastung mit Luftschadstoffen. Hier muss ein Verschlechterungsverbot gelten. Dies sollte sich nicht nur auf die lokalen Wirkungen, sondern auch auf die in der Region induzierten CO₂ - Emissionen beziehen.

Erarbeitung von Alternativen

Der Kirchenkreis Hanau – Stadt erwartet von den Verantwortlichen der e.on, eine Planung für den Kraftwerksstandort vorzustellen, die den vorgenannten Überlegungen Rechnung trägt. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung werden aufgefordert, in diesem Sinne zu prüfen. Der Einsatz CO₂ - ärmerer (Gas) und CO₂ - neutraler Energieträger (Biomasse, Sonne, Wasser, Wind) und der weitere Ausbau der Fernwärme sollten erwogen werden. Ebenso wird die Bevölkerung aufgerufen, im privaten und beruflichen Bereich Energie zu sparen und erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen. So kann auch im persönlichen Lebensstil Verantwortung für Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen wahrgenommen werden.